

DATEN | FAKTEN | ARGUMENTE

THEMA DER WOCHE

Frauen und Ältere
im Fokus

Mehr Mut bei der
Zuwanderung!

Fachkräftesicherung: Konzept der Bundesregierung kann nur ein Anfang sein

Die Bundesregierung hat ein Konzept zur Fachkräftesicherung vorgelegt. Das tut auch Not, denn bedingt durch die demografische Veränderung wird die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland innerhalb der nächsten 15 Jahre um rund 6,5 Mio. zurückgehen. Die OECD rechnet damit, dass hierzulande bereits 2020 75 Prozent mehr Ältere in Rente gehen als Junge nachkommen, wenn Neuzuwanderung ausbleibt.

Was will die Bundesregierung konkret für die Fachkräftesicherung tun und wie steht die IHK-Organisation dazu?

■ Die Regierungsstrategie folgt den fünf Pfaden Beschäftigungssicherung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Bildungschancen für alle, Qualifizierung, Integration/qualifizierte Zuwanderung. Besondere Potenziale zur Fachkräftesicherung werden bei Frauen und Älteren gesehen.

Die Zutaten in diesem Themenmix sind grundsätzlich richtig. Allerdings fehlt zumeist die genaue Rezeptur. Zum Großteil werden bereits bestehende Initiativen geschildert – wirklich Neues ist eher selten. Beispiel Ältere: Die Regierung verweist z. B. auf die Absenkung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes für Ältere von 32 auf maximal 24 Monate, was bereits seit 2008 Gesetz ist. Beispiel Vereinbarkeit: Die Steigerung der Ausbaudynamik der Kinderbetreuung für unter Dreijährige wird richtigerweise genannt – ebenso, dass die Nachfrage nach Ganztagschulen das Angebot übersteigt. Konkrete Antworten darauf bleiben jedoch aus.

■ Positiv ist auch die Einsicht, dass die inländischen Potenziale zur Fachkräftesicherung nicht ausreichen und qualifizierte Zuwanderung nötig ist. Dafür fällt die vorgeschlagene Abhilfe eher dünn aus: Soll ein Maschinenbau-, Fahrzeugbau-, Elektroingenieur oder Arzt aus einem Nicht-EU-Land eingestellt werden, muss die Bundesagentur für Arbeit nun nicht mehr prüfen, ob stattdessen ein deutscher oder EU-Bewerber zur Verfügung steht (Vorrangprüfung).

Hinsichtlich einer arbeitsmarktorientierten Zuwanderung konnte die Regierung sich nur zu einem Prüfauftrag durchringen – um damit noch hinter dem Koalitionsvertrag zurückzubleiben. Dabei wäre die schnelle Einführung eines flexiblen und transparenten Systems, das u. a. Kriterien wie Qualifikation, Berufserfahrung und Sprachkenntnisse potenzieller Zuwanderer bewertet, sehr wichtig.

Auch bei ausländischen Absolventen deutscher Hochschulen fehlt Konkretes. Der hindernisfreie Arbeitsmarktzugang soll zwar verbessert werden. Wie, bleibt aber offen. Aus Sicht der IHK-Organisation bedarf es einer sofortigen Niederlassungserlaubnis, wenn die Absolventen im Anschluss an das Studium eine entsprechende Stelle finden. Es ist nicht sinnvoll, erst Steuergelder in ein Studium zu stecken und dann die gut qualifizierten jungen Leute abwandern zu lassen.

Fazit der IHK:
**Gute Ansätze, aber
noch vieles vage**

■ Das von der Bundesregierung vorgelegte Konzept zielt in erster Linie darauf ab, inländische Potenziale besser zu nutzen. Insgesamt bleibt es aber an vielen Stellen vage – etwa beim Thema Zuwanderung, wo man sich Konkreteres gewünscht hätte. Hier muss die Koalition nachlegen, denn die Zeit drängt: Migrationsverläufe lassen sich nicht schlagartig ändern und eine Willkommenskultur sich nicht von heute auf morgen aufbauen. Beides braucht Zeit.

Fragen zum Thema der Woche?

Dr. Philipp Frank, Telefon: 07721 922-441, E-Mail: frank@villingen-schwenningen.ihk.de